

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Erdöl ist keine Waffe mehr“

Opec-Generalsekretär Adnan Schihab al-Din, 62, über die Folgen des Hurrikans „Katrina“ für den internationalen Energiemarkt, den Kampf der Organisation um angemessene Ölpreise und die Notwendigkeit, erneuerbare Energien zu fördern

**SPIEGEL:** Herr Generalsekretär, nach dem verheerenden Hurrikan in New Orleans und der Zerstörung von Ölplattformen im Golf von Mexiko warnen manche Fachleute vor einer weltweiten Energiekrise. Teilen Sie diese Befürchtung?

**Schihab al-Din:** Nein, es gibt zwar ein ernsthaftes Problem auf der Versorgungsseite, aber eine Energiekrise sehe ich nicht. Wir haben in den letzten fünf Jahren große Vorräte für den Notfall angelegt. Diese Maßnahmen zahlen sich jetzt aus. Die Verbraucher haben keinen Grund zur Panik.

**SPIEGEL:** Sie zeichnen ein sehr rosiges Bild. Der Weltmarktpreis für ein Barrel Öl hat zeitweise 70 Dollar überschritten. Die Autofahrer zahlen seit der Katastrophe extrem hohe Preise für Benzin – in Deutschland binnen einer Woche 13 Cent mehr.

**Schihab al-Din:** Trotzdem haben die Rohölpreise noch nicht die Rekordhöhe der frühen achtziger Jahre erreicht: Damals kostete ein Fass, rechnet man die Inflationsraten ein, über 80 Dollar. Unbestritten sind die Preise in den letzten Jahren scharf nach oben gegangen. Aber das hat wenig mit Katastrophen zu tun, sondern vielmehr mit der extrem stark gestiegenen Nachfrage, vor allem aus energiehungrigen Schwellenländern wie China und Indien.

**SPIEGEL:** Treiben Spekulanten die Preise zusätzlich in die Höhe?

**Schihab al-Din:** Es gibt Geschäftemacher, die skrupellos auf Energie-Engpässe durch Katastrophen, Kriege und Terror setzen. Sie sind gegenwärtig für etwa 10 bis 15 Dollar des Ölpreises verantwortlich.

**SPIEGEL:** Bundeskanzler Schröder fordert mehr Transparenz. Ist das machbar?

**Schihab al-Din:** Auf spekulative Termingeschäfte haben wir keinen Einfluss. Regulationsmechanismen für solche Deals wären wünschenswert. Die fundamentalen Marktdaten rechtfertigen einen Preis in der jetzigen Höhe jedenfalls nicht.



Opec-Chef Schihab al-Din  
„Verbraucher entlasten“

**SPIEGEL:** Heißt das wirklich, die Konsumenten können aufatmen?

**Schihab al-Din:** Wir rechnen derzeit nicht damit, dass der Ölpreis weiter steigt, gegenwärtig fällt er wieder ...

**SPIEGEL:** ... was ja wohl auch daran liegt, dass Staaten wie die USA und Deutschland einen Teil ihrer strategischen Energiereserven auf den Markt geworfen haben ...

**Schihab al-Din:** ... und daran, dass die Opec-Mitglieder ähnliche kostendämpfende Maßnahmen eingeleitet haben.

**SPIEGEL:** Am kommenden Montag treffen sich die Repräsentanten der erdölexportierenden Staaten in Wien. Werden Sie mehr tun, um die Verbraucher zu entlasten?

**Schihab al-Din:** Ja, wir planen ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Wir werden unsere Produktion noch einmal erhöhen. Die Opec-Staaten mit Reservekapazitäten werden sich daran beteiligen, allen voran Saudi-Arabien. Das wird die Opec-Produktion um knapp zwei Millionen Barrel pro Tag nach oben schrauben. All das wird lang-

fristig freilich wenig nutzen, wenn wir nicht in Ländern wie etwa den USA zu einer effizienteren Energienutzung kommen.

**SPIEGEL:** Ausgerechnet die Opec, die doch vom ungebremsten Erdölkonsum und den hohen Erdölpreisen profitiert, fordert die Amerikaner dazu auf, mit den Ressourcen sparsam umzugehen?

**Schihab al-Din:** Energie sollte nicht verschwendet werden, nirgendwo.

**SPIEGEL:** Im Durchschnitt konsumiert jeder Amerikaner mehr als das Doppelte eines EU-Bürgers und 13-mal mehr Erdöl als ein Chinese aus der Volksrepublik. Das sonst so nüchterne britische Nachrichtenmagazin „Economist“ nennt die USA deshalb einen „Oiloholic“ und fordert George W. Bush auf, dieser „Abhängigkeit genauso abzuschwören wie einst dem Alkohol“.

**Schihab al-Din:** Diese Formulierung ist eine Geschmacksfrage. Aber auch ich bin für eine sinnvolle Entwicklung von Alternativen wie Windkraft oder Solartechnologie. Der Erdölverbrauch wird weltweit ohnehin weiter ansteigen. Wir von der Opec sind keinesfalls an Rekordpreisen interessiert. Niemand soll in eine Rezession schlittern. Natürlich wollen wir Exporteure gut verdienen, dazu brauchen wir eine Balance.

**SPIEGEL:** Als wir vor gut zwei Jahren ein Gespräch mit Ihrem Vorgänger im Amt führten, nannte der eine Spanne pro Bar-



PHILIPP HORAK / AGENTUR ANZENBERGER (O.); DPA (U)

Saudi-arabische Erdölanlage bei Dhahran  
„Wir werden die Produktion erhöhen“

rel von 22 bis 28 Dollar als Opec-Idealvorstellung. Wo liegt heute Ihr Wunschpreis?

**Schihab al-Din:** Wenn Sie sich erinnern, kamen wir damals aus einer Rezession. Die damalige Durchschnittsförderung von 25 US-Dollar entspricht heute inflationsbereinigt über 30 US-Dollar. Seit dem Jahr 2003 sehen wir eine stark steigende Nachfrage durch eine prosperierende Weltwirtschaft, und dieser Trend setzt sich, wenngleich leicht abgeschwächt, fort. Das bedeutet, dass die Preise heute wesentlich höher sein müssen – in dem Bereich zwischen 50 und 60 Dollar pro Barrel. Wir befinden uns in einer Übergangszeit mit stark schwankenden Preisen. Der Markt ist volatil. Aber ich glaube, er könnte sich in dieser Größenordnung stabilisieren.

**SPIEGEL:** Haben nicht Produzenten außerhalb der Opec längst genauso großen Einfluss wie Ihre Organisation? Ist Russland nicht dabei, Saudi-Arabien als Produzent Nummer eins auf der Welt abzulösen?

**Schihab al-Din:** Es ist richtig, dass Länder wie Russland in den letzten Jahren einen großen Anteil am Zuwachs der Förderung hatten. Die Opec-Staaten sind aber immer noch für etwa 40 Prozent der weltweiten Produktion verantwortlich und für rund 50 Prozent der Exporte. Wir würden gern sehen, dass die Konsumenten weniger für Erdölprodukte bezahlen müssten.

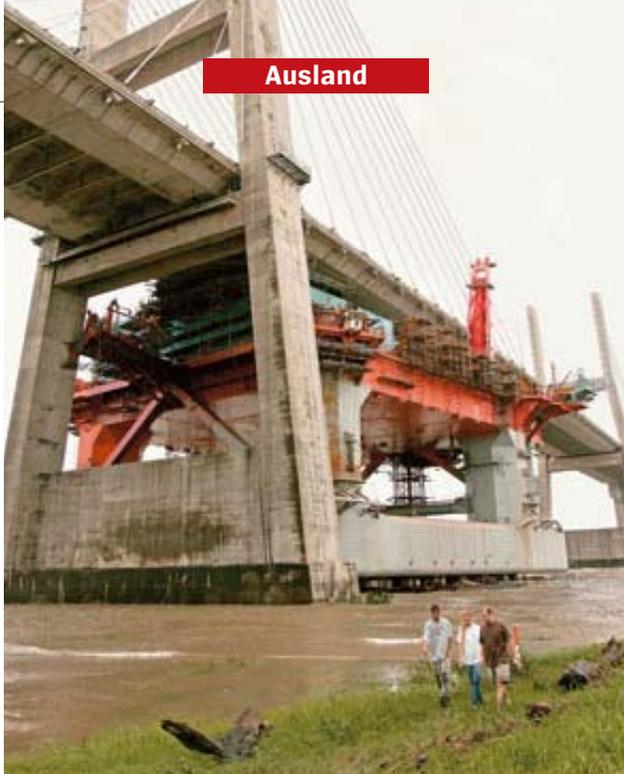
**SPIEGEL:** Beim Benzinpreis spielen allerdings noch andere Faktoren eine Rolle.

**Schihab al-Din:** Seien wir doch ehrlich: Die hohen Benzinpreise haben wesentlich mit den hohen Steuern zu tun, die westliche Länder erheben – in Deutschland sind es über 60 Prozent. Und außerdem nutzen die großen Erdölkonzerne die Situation dazu aus, exorbitante Gewinne zu machen. Sie denken wohl mehr an ihre Aktionäre als an die Sicherung der Reserven, sonst würden sie zumindest einen Teil der Einnahmen in dringend notwendige neue Raffinerien investieren.

**SPIEGEL:** Sehen Sie einen Ausweg aus dieser Misere?

**Schihab al-Din:** Ich glaube, der Staat muss eine schlüssige Wirtschafts- und Energiepolitik entwickeln, der die Konzerne dazu bringt, sinnvoll zu investieren.

**SPIEGEL:** Was alles nichts nutzen wird, wenn diejenigen Experten recht haben, die sagen, die Reserven seien weitaus geringer als angegeben. Beispielsweise behauptet der Erdölfachmann Sadad al-Husseini, lange Jahre Produktionsleiter der weltgrößten staatlichen Erdölgesellschaft Saudi Aramco, dass wir auf ein Zeitalter der Erdölknappheit zusteuern. Der Experte ist sicher, dass Saudi-Arabien seine Felder überbeansprucht und nicht mehr lan-



Zerstörte Ölplattform bei Mobile, Alabama: „Keine Panik“

PAUL J. RICHARDS / AFP

ge sein gegenwärtiges Produktionsniveau halten kann.

**Schihab al-Din:** Das glaube ich ganz und gar nicht. Saudi-Arabien hat die größten Erdölreserven der Welt und leidet auch nicht an Überproduktion. Das sagen nicht nur wir, sondern auch die Konzerne und amerikanischen Explorateur.

**SPIEGEL:** Sie sind optimistisch, obwohl doch in den letzten Jahren praktisch keine ergiebigen Felder gefunden wurden?

**Schihab al-Din:** Unterschätzen Sie den technologischen Fortschritt nicht. Auch so können wir die Produktion erheblich erhöhen, und zwar noch 40 bis 50 Jahre lang. Wir sind Jahrzehnte von dem Punkt entfernt, wo der Gipfelpunkt erreicht ist und es mit der Produktion abwärts geht.

**SPIEGEL:** Wirklich? Es ist doch kein Geheimnis, dass manche Opec-Staaten die Angaben über ihre Erdölreserven übertreiben, weil die Opec ihre Produktionsquoten für ihre Mitglieder davon abhängig macht. Saudi-Arabien – die einzige Öl-Supermacht der Erde – liefert noch nicht ein-

mal verlässliche Angaben über seine Produktion.

**Schihab al-Din:** Das war so. Aber heute bekommen wir aus Riad regelmäßige Berichte ...

**SPIEGEL:** ... denen man nicht hundertprozentig Glauben schenken muss. Es stimmt doch nicht, dass sich die Ausbeutung der Felder immer so positiv entwickelt hat, wie es von Riad vorausgesagt wird. Im Oman beispielsweise brach die Produktion durch Überbeanspruchung der Ressourcen innerhalb weniger Jahre um ein Fünftel ein.

**Schihab al-Din:** Diesen speziellen Fall will ich nicht bestreiten. Aber nehmen Sie als Gegenbeispiel etwa die Nordsee: Da ging die Förderung zunächst dramatisch zurück, aber erholte sich durch die Anwendung neuer Technologien dann wieder.

**SPIEGEL:** Über andere Unsicherheitsfaktoren haben wir noch gar nicht gesprochen, etwa die Gefähr-

dung der Ölfelder durch Terroristen. Gerade Saudi-Arabien sieht sich in letzter Zeit Anschlägen ausgesetzt, die sich auch gegen dort tätige ausländische Experten richten.

**Schihab al-Din:** Es gibt diese Gefahren, man muss sie ernst nehmen. Und sie können auch verheerende Folgen haben. Aber es macht keinen Sinn, sich fortwährend mit Katastrophenszenarien zu beschäftigen.

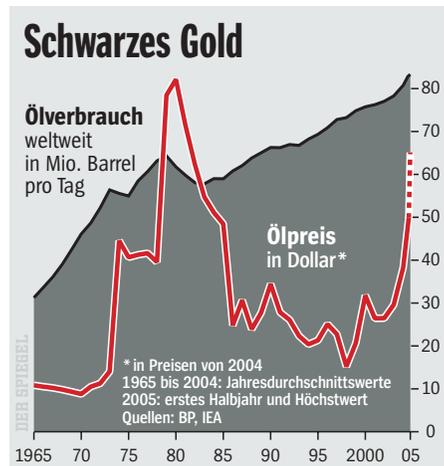
**SPIEGEL:** Auch der Irak ist Opec-Mitglied. Glauben Sie, der Krieg der Amerikaner war ein Krieg vor allem ums Öl?

**Schihab al-Din:** Ich kann nur hoffen, dass dies nicht der Fall ist. Irak ist ein Gründungsmitglied der Opec und für uns sehr wichtig. Bagdad hat die zweitgrößten Erdölreserven der Welt, etwa so groß wie die Irans. Wir alle hoffen, dass sich die Sicherheitslage verbessert. Das ist die Hauptvoraussetzung dafür, dass Bagdad seine Möglichkeiten als Erdölproduzent wieder ausschöpfen kann. Gegenwärtig sind die Iraker noch nicht auf dem Stand der Vorkriegsproduktion, sondern gerade erst bei 69 Prozent.

**SPIEGEL:** Washington schließt nicht aus, auch in Iran militärisch einzugreifen. Präsident Bush ist überzeugt, dass Teheran an der Atombombe bastelt. Kann und will die Opec ihre Mitglieder schützen? Sie selbst waren zuvor Abteilungsleiter bei der Internationalen Atomenergiebehörde und wissen um die Brisanz der gegen Teheran erhobenen Vorwürfe.

**Schihab al-Din:** Ich denke, die Atomfrage kann friedlich gelöst werden. Was die Hilfeleistung gegenüber Mitgliedstaaten betrifft: Die Opec ist keine politische Organisation, sondern ein Verband zur Koordinierung wirtschaftlicher Interessen.

**SPIEGEL:** Das sagen Sie so. Die Opec hat doch 1973 durch einen politisch begründeten Boykott die Welt in Atem gehalten und die Öl-



preise explodieren lassen. Hat sich Erdöl denn als politische Waffe definitiv überlebt? **Schihab al-Din:** Ich denke, heute geht es um etwas ganz anderes. Wir müssen einen Ausgleich finden zwischen Konsumenten und Produzenten. Wir ziehen am selben Strang – Erdöl ist keine Waffe mehr.

**SPIEGEL:** Die Opec setzt sich zusammen aus vielen Staaten mit unterschiedlichen Interessen: Venezuela legt sich mit Washington an, Iran und Irak haben Krieg gegeneinander geführt, und Ihr Heimatland Kuwait, ebenfalls Opec-Mitglied, wurde von seinem Opec-Nachbarn aus Bagdad überfallen. Wie ist es da möglich, mit einer Stimme zu sprechen?

**Schihab al-Din:** Politische Divergenzen werden ausgeblendet, viele unserer Beschlüsse sind Kompromisse. Dass die Opec heute noch funktioniert, liegt schlicht und einfach daran, dass sie jedem ihrer Mitglieder Vorteile bietet.

**SPIEGEL:** Wird die Vereinigung künftig weiter an Einfluss gewinnen oder droht in Zeiten, in denen Nichtmitgliedstaaten Ihrem Kartell zunehmend Konkurrenz machen, nicht ein Bedeutungsverlust?

**Schihab al-Din:** Die Opec wird eine sehr wichtige Organisation bleiben, weil sich die Produzenten koordinieren müssen. Am besten wäre, alle machten mit.

**SPIEGEL:** Wollen Sie die Opec um Staaten wie Russland oder Kasachstan erweitern?



PHILIPP HORAK/AGENTUR ANZENBERGER

**Schihab al-Din, SPIEGEL-Redakteure\***  
„Es gibt noch genug Öl für Ihre Enkel“

**Schihab al-Din:** Moskau genießt schon einen Beobachterstatus, wir sprechen viele Dinge mit den Russen ab. Generell steht die Opec neuen Mitgliedern offen.

**SPIEGEL:** Wann wird das häufig angekündigte Ende des Erdölzeitalters eintreten?

**Schihab al-Din:** Erdöl wird in absehbarer Zukunft eine zentrale Ressource bleiben. Natürlich weiß auch ich, dass diese Energiequelle endlich ist. Doch bevor der letzte Tropfen versiegt, wird die Menschheit durch ihren Erfindungsreichtum neue Lösungen gefunden haben. Bis dahin gilt: Machen Sie sich keine Sorgen: Es gibt noch genug Öl, auch für Ihre Enkel.

**SPIEGEL:** Herr Generalsekretär, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

\* Marion Kraske und Erich Follath in der Opec-Zentrale in Wien.



REUTERS

Kontrahenten Timoschenko, Juschtschenko: Contenance verloren

UKRAINE

## Zerborstenes Gespann

Machtkämpfe in Kiew: Die entlassene Premierministerin Julija Timoschenko wird durch einen Gefolgsmann von Präsident Juschtschenko ersetzt.

Das Dementi klang wie in späten Sowjetzeiten. „Eine Krise der Staatsmacht gibt es nicht“, ließ Wiktor Juschtschenko, Präsident der Ukraine, verkünden. Der Knall tags darauf konnte heftiger kaum sein: Am vergangenen Donnerstag feuerte der Staatschef die Regierung mit der flamboyanten Premierministerin Julija Timoschenko. Der Regierung, so der Präsident, habe „Teamgeist“ gefehlt. Zerborsten ist ein Dreivierteljahr nach der Revolution in Orange, die zum Sturz des autoritären Regimes von Präsident Leonid Kutschma führte, das Führungsgespann, das noch im November auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew Hunderttausende begeisterte.

Timoschenko, wegen ihrer Herkunft aus dem Energiegeschäft „Gasprinzessin“ genannt, und den Banker Juschtschenko, die 1999 bis 2001 als stellvertretende Ministerpräsidentin und Premier unter Präsident Kutschma dienten, hatte in Wahrheit nie ein gemeinsames politisches Programm vereinbart. Während Juschtschenko einen pragmatischen Kurs gegenüber den dubiosen „Bisnesmeni“ des Landes steuerte, setzte die „Jeanne d'Arc der Ukraine“ auf einen Feldzug gegen Stützen des alten Regimes.

Zwar konnte der Staat das größte Stahlwerk des Landes, „Kriworischstal“, dem Schwiegersohn des Ex-Präsidenten entreißen, doch das Wirtschaftswachstum des Stahlexportlandes ist von 12,1 Prozent im Vorjahr auf etwa 4 Prozent abgesackt. Erstmals seit sechs Jahren ist die Industrieproduktion im Juni gesunken.

Der Kampf gegen die Korruption, eines der großen Versprechen auf der Revolutionstribüne von Kiew, kommt kaum voran. Christopher Crowley, Osteuropa-Chef

der amerikanischen Behörde für Internationale Entwicklung, klagt, die meisten ukrainischen Unternehmen betrieben immer noch doppelte Buchführung – eine reale und eine zum Vorzeigen.

Im Juli geriet gar der Präsident selbst ins Zwielicht, als die „Ukrainska Prawda“ über den aufwendigen Lebensstil des Juschtschenko-Sohns Andrej berichtete. Der 19-Jährige war mit Luxusautos wie einem BMW M6 für 130 000 Euro aufgefallen und brachte den Papa in Erklärungsnotstand. Der Präsident vergaß seine Beherrschung und verglich die Enthüllungsjournalisten mit „bezahlten Killern“.

Dass Juschtschenko inzwischen nicht nur die Contenance, sondern auch das Vertrauen enger Mitarbeiter verloren hat, zeigte am 3. September der Rücktritt Alexander Sintschenkos. Der Ex-Kanzleichef, der als Vertrauter von Timoschenko gilt, brandmarkte die „Korruption der nächsten Umgebung“ des Präsidenten.

Dem Chef des Sicherheitsrats, Pjotr Poroschenko, einem der mächtigen Finanziers der Aufmärsche in Orange, warf er vor, sich aus Polizei-, Gerichts- und Geheimdienstpersonal „ein allmächtiges neues NKWD“ zu schaffen – eine Geheimpolizei in der Tradition Stalins. Am Tag der Regierungsentlassung trat auch Poroschenko zurück: Er wolle zunächst die Vorwürfe gegen ihn gerichtlich klären lassen – seine politische Karriere ist damit wohl noch nicht beendet. Nach dem Bruch mit der wortgewaltigen und finanzstarken Volkstribunin Timoschenko kann der angeschlagene Präsident auf seinen wichtigsten Sponsor weniger denn je verzichten.

Wie beschränkt der in die Enge getriebene Juschtschenko in der Wahl seines führenden Personals ist, zeigt die Ernennung des neuen Premierministers: Jurij Jechanurow, Gouverneur von Dnjepropetrowsk und zu Sowjetzeiten Direktor eines Eisenbetonwerks, leitete von 1994 bis 1997 die zentrale Privatisierungsbehörde.

Ein postsowjetisch im Sande verlaufenes Ermittlungsverfahren wegen „Raubes von Staatsgeldern“ überstand er unbeschadet. Seinen Wiederaufstieg verdankte Jechanurow 1999 dem damaligen Premier Wiktor Juschtschenko, der ihn zu seinem Vize machte – so steht die neue Mannschaft eher für Restauration als für Revolution.

UWE KLUSSMANN